

## **P r o t o k o l l**

### **der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften am 12. November 2007 im Senatssaal**

#### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18:00 Uhr**

**Ende: 20:05 Uhr**

#### **Anwesenheit:**

Herr Dr. Bartels

Herr Dr. Bremer

Herr Dr. Döring

Frau Heinrich

Herr Dr. Kühne

Herr Liskow

Herr Dr. Meyer

Herr Mundt

Herr Prof. Dr. Hardtke

Herr Dr. Kerath

Herr Noack

i.V. Herr Bauer

#### **Entschuldigt:**

Herr Frisch

#### **Verwaltung**

Herr Hochheim

Herr Kremer

Herr Wille

Frau Freese

Frau Adam

Frau Meyer

#### **Gäste:**

OZ

Herr Winkler

BauBeCon

**Tagesordnung:**

1. Sitzungseröffnung
2. Abstimmung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Diskussion von Beschlussvorlagen
  - 4.1. Aufnahme eines Kredites für den Vermögenshaushalt 2007 in Höhe von 1.000.000,00 EUR Vorratsbeschluss  
*Dez. I , Amt 20* 04/773
  - 4.2. Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltestelle 1.21100.958201 - Neugestaltung des Schulhofes und der Kleinsportanlage der Regionalen Schule „Martin Andersen Nexö am Ryck“ aus dem Ganztagschulprogramm  
*Dez. III, Amt 40* 04/772
  - 4.3. Entsperrung von Haushaltsmittel für die Erschließung des 2. BA des B-Plan Nr. 42  
*Dez. II , Amt 66* 04/791
  - 4.4. Entsperrung von Haushaltsmitteln für die Erschließung des B-Plan Nr. 65  
*Dez. II , Amt 66* 04/789
  - 4.5. Konzept zur Einführung von Fußgängerüberwegen ("Zebrastrifen")  
*CDU-Fraktion* 04/782
  - 4.6. Erhebung von Straßenausbau- und Erschließungsbeiträgen sowie Klassifizierung der Straßen im Bebauungsplangebiet Nr. 42 "Schönwalde I / West"  
*Dez. II, Amt 60* 04/776
  - 4.7. Weiterführung Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 2008  
*Dez. III, Amt 50* 04/778
  - 4.8. überplanmäßige Ausgabe in der HH Stelle 40500674000 Erstattungen an ARGE  
*Dez. III, Amt 50* 04/784
  - 4.9. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2008  
*Dez. I , Amt 20* 04/786
5. Informationen des Ausschussvorsitzenden
6. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
7. Schluss der Sitzung
8. Informationen der Verwaltung
9. Bestätigung des Protokolls vom 08.10.2007

*Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung*

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern.

---

*Zu TOP: 2. Abstimmung der Tagesordnung*

Die Tagesordnung wird mit 11 Ja-Stimmen abgestimmt.

---

*Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

entfällt

---

*Zu TOP: 4. Diskussion von Beschlussvorlagen*

---

*Zu TOP: 4.1. Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltestelle 1.21100.958201 - Neugestaltung des Schulhofes und der Kleinsportanlage der Regionalen Schule „Martin Andersen Nexö am Ryck“ aus dem Ganztagschulprogramm*

Herr Hochheim erklärt dazu, dass bisher 90 % Fördermittel von Seiten des Landes bereitgestellt wurden und 10 % Eigenanteil bereitzustellen waren. Da das Kontingent des Ganztagschulprogramms ausgeschöpft ist und für die Gesamtmaßnahme 614.509 € benötigt werden, müsste für die Realisierung die Quote in einen Eigenanteil von 20 % und eine 80 %ige Förderung geändert werden. 68.000 € müssten überplanmäßig zur Verfügung gestellt werden.

**Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen**

---

*Zu TOP 4.2. Aufnahme eines Kredites für den Vermögenshaushalt 2007 in Höhe von 1.000.000,00 EUR  
Vorratsbeschluss*

Herr Hochheim: Der Haushaltserlass des Innenministeriums sah die Möglichkeit einer sofortigen Kreditaufnahme von 1,0 Mio. EUR vor. Zusätzlich wurde die Genehmigung weiterer 500 TEUR in Aussicht gestellt, wenn die rechtaufsichtlichen Anordnungen umgesetzt sind. Es wird eingeschätzt, dass die Notwendigkeit einer Kreditaufnahme von 1,5 Mio. EUR nicht besteht. Die heute zur Diskussion stehenden

1,0 Mio. EUR werden rein vorsorglich beantragt. Es ist beabsichtigt, diese nur aufzunehmen, wenn für den Vermögenshaushalt im Jahresabschluss Kredite benötigt werden.

**Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen**

Zu TOP 4.3. *Erhebung von Straßenausbau- und Erschließungsbeiträgen sowie Klassifizierung der Straßen im Bbauungsplangebiet Nr. 42 „Schönwalde I/West“*

Herr Hochheim erklärt, dass im 2. Bauabschnitt als Anlieger die Walddorfschule und die WVG nach der Straßenausbausatzung für die Erschließung in Anspruch genommen werden sollen.

**Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen**

---

Zu TOP: 4.4. *Entsperrung von Haushaltsmitteln für die Erschließung des 2. BA des B-Plan Nr. 42*

Herr Hochheim bittet, die Erläuterungen für den TOP 4.4. und den TOP 4.5. gemeinsam geben zu können:  
Im Haushaltsplan 2007 waren für diese Erschließungsvorhaben Kredite eingestellt worden. Im Ergebnis der Haushaltsgespräche im Innenministerium wurde deutlich gemacht, dass es keine einzelfallbezogenen Kreditermächtigungen mehr gibt und folglich nur noch das Gesamtdeckungsprinzip im Vermögenshaushalt gilt. Mit der Reduzierung des ursprünglich beantragten Kreditvolumens auf 1 Mio. EUR war verbunden, dass zunächst Maßnahmen wie B-Plan Nr. 42 und Nr. 65 auf die Sperrliste gesetzt wurden.  
Die Stadt hat durch Verkäufe überplanmäßige Einnahmen erzielt und benötigt voraussichtlich keinen Kredit. Die überplanmäßig eingenommenen Mittel sollen jetzt für die Erschließung eingesetzt werden.

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen**

---

Zu TOP: 4.5. *Entsperrung von Haushaltsmitteln für die Erschließung des B-Plan Nr. 65*

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen**

---

Zu TOP: 4.6. *Konzept zur Einführung von Fußgängerüberwegen ("Zebrastrreifen")*

Herr Dr. Bremer stellt den Antrag, das im Beschlussvorschlag der Satz gestrichen wird: ...ein Konzept zur Einführung von

Fußgängerüberwegen (Zebrastreifen) in Auftrag zu geben.  
Ersetzt sollte er werden durch: ... **ein Konzept zur Einführung von Fußgängerüberwegen (Zebrastreifen) zu erarbeiten.**

Herr Liskow schlägt vor, in der Verwaltung zu prüfen, ob die Leistung von den Fachämtern selbst erbracht werden kann.

**Der Änderungsantrag wird abgestimmt: 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enth.**

**Abstimmungsergebnis für geänderten Antrag: 11 Ja-Stimmen**

---

*Zu TOP: 4.7. Weiterführung Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 2008*

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 1 Enth.**

---

*Zu TOP: 4.8. überplanmäßige Ausgabe in der HH Stelle 40500674000 Erstattungen an ARGE*

Herr Hochheim:

Die Stadt übernimmt auf Anweisung des Bundessozialministeriums 12,6 % von den Gesamtkosten der ARGE.

Die ARGE hatte angeboten, eine Organisationsuntersuchung vornehmen zu lassen, in deren Ergebnis der konkrete städtische Finanzierungsanteil errechnet worden wäre. Erfahrungen in anderen Städten haben aber gezeigt, dass die Kostenerstattungen selten unter 12,6 % lagen. Deshalb hat sich die Stadt dagegen entschieden.

Der Haushaltsansatz war in Höhe von 447 TEUR mitgeteilt worden.

Es zeigt sich nun, dass der tatsächliche Ansatz um 224.396 EUR höher liegt. Da die Gesamtkosten steigen, steigt auch der kommunale Finanzierungsanteil.

Frau Freese:

Diese Vorlage ist auf das Jahresrechnungsergebnis nicht defizitär, sondern Mittel aus nicht ganz ausgeschöpften Personalausgaben müssen umverteilt werden. Für den Verwaltungshaushalt bedeutet das keine zusätzliche Belastung.

**Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen**

---

*Zu TOP: 4.9. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2008*

Herr Mundt erklärt, dass die Verwaltung den Haushalt 2008 einbringt.

---

Auftretende Fragen des Finanzausschusses sollen mit in die Verwaltung genommen werden. Die 2. Haushaltssitzung findet am 20.11.07, um 19.00 Uhr im Bürgerschaftssaal statt.

Herr Hochheim:

Der Haushaltsplanentwurf weist ein Defizit von 7,3 Mio. EUR aus. In den Ausgaben des Jahres 2008 von 148 Mio. EUR sind rd. 10,3 Mio. EUR an Fehlbeträgen aus dem Haushaltsjahr 2006 enthalten.

Mit dem auf das Jahr bezogenen Überschuss gelingt es in Höhe von rd. 3,0 Mio. EUR diesen Altfehlbetrag zu reduzieren. Erwähnenswert ist es deshalb, weil nach vielen Jahren das erste Mal ein Haushaltsplan vorgelegt werden kann, der im Plan von einer Reduzierung von Altfehlbeträgen ausgeht.

Im Vermögenshaushalt ist nicht nur wichtig, dass die Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sind, sondern auch wie viel Haushaltsmittel als Ausgaben für Investitionen übrigbleiben. Bereinigt um Umschuldungen sind das 21,4 Mio. EUR; im Vergleich zum letzten Haushaltsjahr, wo es 18,9 Mio. EUR waren, eine Verbesserung. Diese hätte noch höher ausfallen können, denn in der Defizitreduzierung im Verwaltungshaushalt sind 1,8 Mio. EUR enthalten, die aus dem Vermögenshaushalt transferiert wurden.

Der vom Innenministerium genehmigte Kassenkreditrahmen betrug für 2007 noch 26,5 Mio. EUR. Für 2008 kann ein Höchstbetrag der Kassenkredite von 17,7 Mio. EUR vorgeschlagen werden. Auch das ist eine Auswirkung des aktuellen Haushaltsjahres. In 2007 wird davon ausgegangen, dass bis zu 5 Mio. EUR Altfehlbeträge abgebaut werden können. 2008 sollen planmäßig weitere 3 Mio. EUR abgebaut werden. Dieses Ergebnis resultiert nicht nur aus Sparmaßnahmen, sondern auch aus einer positiven konjunkturellen Situation im Jahr 2007.

Für 2008 wird mit einer leichten Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, aber von einer stabilen Konjunktur ausgegangen.

Dennoch bleibt für die Städte und Gemeinden das zu erwartende Wachstum der Steuereinnahmen von durchschnittlich + 2,1 % hinter den zu erwartenden Zuwächsen von Bund und Ländern zurück.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer ist im Jahr 2007 ein Anstieg von 13,9 % ausgewiesen. Dieses starke Wachstum ist auf Zuwachsraten der veranlagten Einkommenssteuer und des Zinsabschlags zurückzuführen; auch die Abschaffung der Eigenheimzulage und Reduzierung des Sparerfreibetrages fließen mit ein.

Bei der Gewerbesteuerentwicklung verlangsamten sich zwar von

Quartal zu Quartal die Vorauszahlungen, bleiben aber im gesamten Jahr 2007 deutlich im Plus von 2,4 %. Im Jahr 2008 wird unter der Berücksichtigung der kassenmäßigen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform von einem Rückgang des gesamten Gewerbesteueraufkommens von 4,5 % ausgegangen. Wegen der reduzierten Gewerbesteuerumlage fällt der geschätzte Rückgang der Nettoeinnahmen der Städte- und Gemeinden aus der Gewerbesteuer in 2008 mit -2,3 % schwächer aus, als der Rückgang des Gewerbesteueraufkommens insgesamt.

Bei den übrigen gemeindlichen Steuereinnahmen ist festzustellen, dass bei dem Gemeindeanteil der Umsatzsteuer, dessen Wachstum in diesem Jahr durch die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zweistellig ist, auch 2008 mit einer Steigerung von 3,5 % gerechnet wird.

In den neuen Ländern werden die Auswirkungen des § 33 Grundsteuergesetzes (Leerstandsproblematik) spürbar. Man geht von Grundsteuermindereinnahmen bis zu 4 % aus. Das wird regional unterschiedlich sein; in Greifswald gibt es nicht so einen hohen Leerstand.

Abschließend weist Herr Hochheim auf Regelungen aus dem Haushaltserlass hin:

- Zum Abbau von Altfehlbeträgen sind die gestiegenen Zuweisungen von 4,3 Mio. EUR insgesamt zu verwenden. Dies gelingt der Stadt nur im Umfang von 3 Mio. EUR.
- Erstmals ist das Verbot enthalten, in der haushaltslosen Zeit, die 1/12-Regelung in Anwendung zu bringen. Es werden Sanktionen angedroht, falls von dieser Vorgabe abgewichen wird.
- Der Bundesanteil für Unterkunft und Heizung verringert sich um 2,6 % auf 28,6 %. Das sind einnahmeseitig fast 400 TEUR weniger. Möglicherweise gelingt es noch auf politischem Weg, den Bund zu bewegen, diese Einsparung nicht vorzunehmen.

Zusätzlich zu den Ausführungen zum Haushalt von Herrn Hochheim werden die anschaulichen Aufstellungen des Zahlenmaterials per E-Mail durch Herrn Wille kurzfristig an die Fraktionen geschickt

Im Anschluss erörtert Herr Wille, inwieweit der Planentwurf 2008 den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes entspricht. Er führt Punkte auf, die neu im Haushaltsplan und beim Lesen zu beachten sind. Anhand von Grafiken wird die weitere Entwicklung gezeigt bzw. welche Handlungsnotwendigkeiten bestehen und welche Handlungsrahmen.

Die Zielvorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes wurden deutlich übertroffen. Für 2008 war im HSK 2006 noch ein höheres Gesamtdefizit erwartet worden, das infolge gesteigerter Einnahmen nun aber fast 13 Mio. EUR niedriger ausfällt. Der dafür verantwortliche konjunkturelle Aufschwung wird voraussichtlich nicht dauerhaft anhalten. Zusätzlich könnte Greifswald im Jahr 2020 einnahmeseitig rd. 10 Mio. EUR weniger zur Verfügung haben, da der Solidarpakt II ausläuft. Daher müssen Rücklagen gebildet werden.

Herr Dr. Meyer möchte wissen, ob die Stadt einen neuen Tarifvertrag aufstellt.

Herr Hochheim erklärt, dass mit der Gewerkschaft ein neuer bezirklicher Tarifvertrag für eine 38-Stunden-Woche vereinbart werden soll. Die Alternative wären betriebsbedingte Kündigungen. Es besteht noch ein Abbaubedarf von 56 Personalstellen.

Herr Dr. Bremer fragt an, warum die Personalkosten im Landkreis bei 169 EUR je Einwohner liegen, Greifswald nach seinen Berechnungen aber 1300 EUR ausgibt. Existiert eine vergleichbare Aufstellung für kreisfreie Städte?

Herr Hochheim sagt dazu, dass ihm eine solche Aufstellung nicht bekannt sei. Seines Wissens kommt Greifswald ohne das in kommunalen Einrichtungen beschäftigte Personal auf Personalkosten von 308 EUR je Einwohner. Ein Vergleich mit den von Herrn Dr. Bremer genannten Zahlen ist dennoch nicht möglich, da die Stadt sowohl kreisliche als auch gemeindliche Aufgaben wahrnimmt.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Bartels erläutert Herr Hochheim die Prognose der voraussichtlichen Steuereinnahmen 2007. Diese wird als Anlage zum Protokoll gegeben.

Herr Dr. Bartels möchte nähere Informationen zum Plasmatechnikum. Herr Hochheim: Der mit der Studie zu untersuchende Standort der Einrichtung soll entweder beim TZV oder INP angesiedelt sein. Im Ergebnis der Ansiedlung soll die Forschung in diesem Bereich ausgebaut werden. Junge Firmen sollen in Greifswald optimale Startbedingungen erhalten und dann später expandieren. Die im Haushalt genannten sind für diese Studie gedacht. Der kommunale Eigenanteil wird vom TZV getragen. Für den städtischen Haushalt ist die Studie deshalb kostenneutral, nur muss die Stadt der Antragsteller solcher Fördermittelanträge sein. Eine ausführliche Antwort wird durch das Amt 20 dem Protokoll beigelegt.

Herr Dr. Kerath möchte längerfristig Antworten auf folgenden Fragen, welche zur Beantwortung an die Beteiligungsverwaltung und den Geschäftsführer der Stadtwerke und der Wohnungsgesellschaft,

Herrn Holzportz, weitergeleitet werden:

Der Bundesfinanzhof hat mit Urteil vom 22.08.07 entschieden, dass es steuerrechtlich nicht mehr zulässig ist, Verluste defizitärer kommunaler Betriebe auf Dauer mit Gewinnen aus anderen Betrieben zu verrechnen. Inwieweit kommen durch dieses Urteil auf die Stadtwerke und die WVG (z. B. Bau und Betrieb der Stadthalle ist ein ebenfalls defizitäres Unternehmen) Konsequenzen zu? Wie hoch sind die zusätzlich anfallenden Steuern bei der VBG (Nahverkehr), bei der SAG und bei der PGS? Welche Steuern werden rückwirkend fällig – falls ja, für welche Zeiträume? Hat Herr Holzportz schon Kontakt zum Finanzamt aufgenommen – wenn nein, wann ist es beabsichtigt? Welche Möglichkeiten gibt es, Steuern dennoch zu vermeiden.

Herr Hochheim:

Die grundsätzliche Position der kommunalen Spitzenverbände zu der vom Bundesfinanzhof getroffenen Entscheidung ist, dass es sich in dem konkreten Fall (Stadt Bedburg-Hau) um einen ausgesprochen untypischen Fall des kommunalen Querverbundes handelt. Der kommunale Querbund bleibt auch weiterhin zulässig. Fraglich ist allein, ob die Finanzämter sich der Ansicht des Bundesfinanzhofs anschließen, dass der Querbund keinen Steuervorteil bringen soll. Formal sind Urteile des BFH von den Finanzämtern erst zu beachten, wenn sie vom Finanzministerium im Bundessteuerblatt veröffentlicht werden. Auf politischer Ebene wird derzeit versucht, nicht nur den steuerlichen Querbund, sondern auch die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen beizubehalten. Denkbar wäre deshalb auch, dass der Bundesfinanzminister einen Nichtanwendungs-Erlass herausgibt.

Herr Dr. Bartels gibt als Anregung an die Verwaltung, dass unterlassen werden sollte, den Innenraum des neu gebauten Kreisverkehrs an der Herrenhufenstraße als Ausstellungsfläche zu nutzen. Autofahrer hätten sich auf den Verkehr zu konzentrieren.

Weitere Fragen wurden durch die Fraktionsmitglieder in der Diskussion aufgeworfen und zur Beantwortung in die zuständigen Ämter gegeben:

#### OB-Bereich

Die Rechtsabteilung hat 8.500 EUR für Aus- und Fortbildung veranschlagt. Sowohl die Höhe als auch die Notwendigkeit der eingestellten Mittel sind zu erläutern.

Im UA 0240 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind 4.000 EUR Honorarmittel für Beratung Internet veranschlagt. Diese Ausgabe ist zu begründen.

### Amt 10

Am 31.03.2008 endet der derzeit geltende bezirkliche Tarifvertrag. Der vorliegende Planentwurf geht von einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38 h ab 01.04.2008 aus. Es wurde hinterfragt, welche Aktivitäten bisher unternommen wurden oder noch zu unternehmen sind, um erneut einen bezirklichen Tarifvertrag abzuschließen.

Das im Stellenplan enthaltene Stellenentwicklungskonzept wird als unzureichend angesehen. Nach Ansicht einiger Ausschussmitglieder fehlt ein Personalentwicklungskonzept. Beispielhaft wurden hier die Hausmeisterstellen angeführt, die mit der Begründung Haushaltskonsolidierung zeitweilig Brückenwärtertätigkeiten ausübten. Nun soll diese Leistung wieder ausgeschrieben werden.

Im Stellenplan ist unter der laufenden Nr. 00007-0004.1 SB Sitzungsdienst die Bemerkung „kw bei Wegfall der Ortsteilvertretung“ angebracht worden. Hierzu wird eine Begründung erwartet.

Im UA 0220 – Personalabteilung soll das Entgelt für Arbeitnehmer von 477.500 EUR auf 591.700 EUR ansteigen. Das ist zu erläutern.

Woraus resultiert die Erhöhung der Baukosten für den Umbau des Postgebäudes zum technischen Rathaus? Der dazu gefasste Bürgerschaftsbeschluss ging von Ausgaben in Höhe von 6,5 Mio. EUR aus. Nun werden Ausgaben in Höhe von 8,5 Mio. EUR genannt. Ist hierzu die Aufhebung des ursprünglich gefassten Bürgerschaftsbeschlusses erforderlich?

### Dezernat 2

#### Amt 23

Die in den UA 88000 und 88010 geplante Umlage an den Wasser- und Bodenverband wurde hinterfragt. Die Erhöhung ist zu begründen.

Zusätzlich zu den im UA 80000 veranschlagten Zuschuss für die ABS Ausgaben in Höhe von 25.000 EUR sind nun im Abschnitt 88 erstmals 24.200 EUR geplant worden. Die Notwendigkeit dieser eingestellten Mittel ist zu begründen.

#### Amt 60

Im UA 12000 soll die Umlage an den Wasser- und Bodenverband von 130.000 EUR auf 145.000 EUR ansteigen. Woraus resultiert dieser Anstieg?

In 2008 soll das Wohngebiet Klosterruine erschlossen werden. Im Haushalt sind keine Erschließungsbeiträge ausgewiesen. Dazu wird eine Aussage erwartet.

#### Amt 66

Hinterfragt wurden die Einnahmen aus Sondernutzung. Hier

insbesondere die Brückengebühr. Es wird eine Aussage sowie über die voraussichtliche Höhe der Einnahmen in 2007 als auch über die Prognose für 2008 erwartet.

Für öffentliche Spielplätze sollen die Ausgaben von 45.000 EUR auf 15.000 EUR reduziert werden. Um Erläuterung wird gebeten.

#### Dezernat 3

Im UA 00130 – Städtepartnerschaften sind 7.000 EUR für Veranstaltungen/Hansetage und 8.000 EUR als Zuschuss für Partnerschaften geplant. Die Höhe und die Notwendigkeit dieser Ausgabeansätze ist zu erläutern.

#### Amt 32

Die Auskömmlich des Planansatzes in Höhe von 150.000 EUR für die Förderung der Hauptwohnsitznahme wurde kritisch hinterfragt. Eine Begründung wird erwartet.

Die Verwarnungs- und Bußgelder (Geschwindigkeitsmessauto) weisen im Rechnungsergebnis 2006 122 TEUR aus. Für 2008 sind 180 TEUR veranschlagt worden. Wie ist diese Erhöhung zu begründen?

#### Amt 40

Es werden Erläuterungen zu den veranschlagten Zuschüssen für Vereine sowie zu den Betriebskostenerstattungen erwartet. Beispielhaft wurde in diesem Zusammenhang auf die Zuschüsse für Sportvereine hingewiesen.

#### Amt 41

Im Unterabschnitt der Volkshochschule ist die Position Erstattungen aufgeführt. Hierzu wurde um Erläuterung gebeten.

#### Amt 50

Der UA 41280 – Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft – weist Ausgaben in Höhe von 117.700 EUR für intensiv betreutes Wohnen aus. Diese Ausgabe ist inhaltlich und in der Höhe zu begründen.

Die Höhe der in Ansatz gebrachten Mittel für Leistungen für Unterkunft und Heizung wurde kritisch hinterfragt. Aussagen zur Realisierbarkeit des Ansatzes werden erwartet.

#### Amt 51

Die im UA 45100 ausgewiesenen Zuschüsse sind zu begründen.

#### Amt 20

Im UA 0300 sind für die Kämmerei Ausgaben für die Aus- und Fortbildung von 2.000 EUR auf 15.000 EUR angestiegen. Welche Fortbildungsmaßnahmen sind vorgesehen?

Für die Vollstreckungsnebenleistungen sind 10.400 EUR mit der Bemerkung „Erhöhung wegen Ausgaben für Creditreform veranschlagt. Das ist zu erläutern.

Herr Döring verlässt die Sitzung um 20:00 Uhr die Sitzung. Frau Hildebrandt nimmt in Vertretung an der Sitzung teil.

---

*Zu TOP: 5. Bestätigung des Protokolls vom 08.10.2007*

**Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen**

---

*Zu TOP: 6. Informationen der Verwaltung*

keine

---

---

*Zu TOP: 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden*

keine

---

*Zu TOP: 9. Schluss der Sitzung*  
Herr Mundt beendet die öffentliche Sitzung.

---

Thomas Mundt  
Ausschussvorsitzender

M. Meyer  
für das Protokoll